



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 25. April 2019

Rahmenabkommen – Mehr Bürokratie, Reisli und Apéros

Mit dem institutionelle Rahmenabkommen würde unsere Bürokratie und die Reistätigkeit von Verwaltung und Politik ausgebaut. Das kostet die Schweiz unnötig Steuergelder. Als ob das nicht schon schlimm genug wäre. Damit werden Schweizer Parlament, Verwaltung und Gerichte in das EU-System eingebunden und damit auch korrumpiert.

Vorgegaukeltes Mitspracherecht

Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger werden mit dem Rahmenabkommen hinters Licht geführt. Im Rahmenabkommen werden viele verschiedene neue Gremien und Ausschüsse installiert. Nach aussen verkauft man das als «decision shaping», als Möglichkeit der Mitsprache bei der EU. In Tat und Wahrheit ist das eine Integration unserer Behörden und Gerichte in den EU-Apparat. Damit bekommt die Schweiz lediglich das Recht mitzudiskutieren, entschieden wird aber über unsere Köpfe hinweg. In Artikel 11 des Abkommens wird zudem ein «Dialog» zwischen Bundesgericht und EU-Gerichtshof EuGH zur Förderung einer einheitlichen Auslegung eingeführt. In Tat und Wahrheit werden die Schweizer Gerichte dem EuGH unterstellt. Die Rechtsinterpretation wird zentralisiert.

Aufgeblähter Bürokratieapparat

Durch das Unterzeichnen des Rahmenvertrages müssen auch automatisch die neu gebildeten Gremien und Ausschüsse finanziert werden. Artikel 15 des Rahmenabkommens sieht einen «horizontal gemischten Ausschuss» vor. Dieser Ausschuss wird als Vormund über die bestehenden, funktionierenden Ausschüsse gestellt. Es ist ein «Super»-Ausschuss und somit Spitze einer Megabürokratie. Es aber wird zum Beispiel auch ein «politisches» Beratungsgremium für Handelsfragen eingerichtet. Diese Gremien bedeuten mehr Sitzungen und Reisen, so auch mehr Zeitaufwand und mehr öffentliche Ausgaben. Die Effizienz steht dabei wohl nicht im Zentrum.

Parlamentsbürokratie

Artikel 16 sieht einen «Gemischten parlamentarischen Ausschuss» vor. Dies bedeutet mehr Sitzungen in Brüssel, sowie zusätzliche Weg- und Übernachtungsspesen. Die Beziehungen zu anderen Parlamenten und internationalen Instituten werden heute schon grosszügig durch Parlamentsdelegationen gepflegt. Da braucht es nicht noch mehr Reisen. Die SP forderte bereits ein Verbindungsbüro in Brüssel für die



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

Parlamentdienste und Fraktionen. Was die dort genau tun würden, steht in den Sternen. Das Rahmenabkommen würde damit den Weg zum Ausbau der Parlamentsbürokratie ebnen.

Schleichende Einbindung

Das Rahmenabkommen mit einer Vielzahl von neuen Gremien und Komitees bedeutet ein weiterer Schritt in die EU, eine schleichende Einbindung in die EU-Bürokratie. Dies wird dem Schweizer Volk verschwiegen. Die Bundesakteure werden geschickt in die EU-Strukturen integriert und dadurch eben auch korrumpiert. Schöne Reisli, viele Sitzungen und Apéros, sowie viele Berichte und Papieraufwand werden noch mehr Leerläufe und Doppelspurigkeiten generieren. Ausser Spesen nichts gewesen.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt